
Gedanken zur Macht

Niall Ferguson

Die Vereinigten Staaten mögen sich einer gewaltigen Wirtschaft und eines gigantischen Rüstungsbudgets rühmen, aber für die Herrschaft einer echten Weltmacht bedarf es mehr als Geld und Spezialeinheiten. In diesen Zeiten sind die Instrumente der Machtausübung differenzierter und umfassender als je zuvor. Und in einer Zeit, in der die Schlagkraft terroristischer Netzwerke, außenpolitischer Allianzen und internationaler Financiers offenbar expandiert, könnte die globale Vorherrschaft vielleicht von der klugen Anwendung einer immer weniger faßbaren Ressource abhängen: der moralischen Autorität.

»Die militärische Vormachtstellung macht die USA zur größten Macht der Welt.«

Ja, aber die militärische Vormachtstellung ist auch von anderen Faktoren abhängig. Der deutsche Philosoph Max Weber bezeichnete einmal den modernen Staat als einen, der das Monopol der legitimen Gewaltanwendung für sich in Anspruch nimmt. Obwohl ein solches Monopol auf globaler Ebene unmöglich ist, so scheint die internationale Machtkonstellation gelegentlich von der Monopolisierung der ausgeklügeltsten Mittel zur Anwendung von Gewalt abhängig zu sein. Heute erfreuen sich die Vereinigten Staaten eines technologischen Vorsprungs, den einst einige westeuropäische Staaten im 19. Jahrhundert zeitweilig genossen haben, als sie über gepanzerte Dampfschiffe und Maxim-Maschinengewehre verfügten, mit denen sie die Welt einschüchtern konnten.

Man betrachte bloß das riesige Ausmaß des amerikanischen Verteidigungsbudgets. Der Historiker Paul Kennedy von der *Yale Universität* hatte sich einst Sorgen wegen einer möglichen Überdehnung der amerikanischen Macht gemacht. Das ist heute nicht mehr der Fall: »Das Budget des Pentagon entspricht den zusammengefaßten Militärbudgets der nächsten zwölf oder fünfzehn Staaten«, schrieb er im vergangenen September in der *Financial Times*. »Mit anderen Worten, von den gesamten weltweiten Verteidigungsausgaben entfallen 40 bis 45 Prozent auf die Vereinigten

Staaten, der Rest auf die anderen 188 Staaten.« Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union geben gemeinsam 170 Milliarden Dollar jährlich für die Verteidigung aus, aber die Vereinigten Staaten geben jährlich über 300 Milliarden Dollar aus und könnten diese Summe problemlos um 60 Prozent erhöhen, ohne damit fünf Prozent des Bruttonationalprodukts zu überschreiten, die Kennedy als die Grenze zur Überdehnung ansah.

In der Tat, die Dollarsummen alleine untertreiben das Ausmaß des amerikanischen Vorsprungs auf militärischem Gebiet. Der einleuchtendste Nachweis wurde den Fernsehzuschauern in aller Welt im Jahr 1999 in Kosovo und 2001 in Afghanistan vor Augen geführt. In beiden Konflikten ermöglichte die technologische Überlegenheit den amerikanischen Streitkräften, feindliche Truppen, Waffen und andere militärische »Objekte« bei minimalen eigenen Verlusten zu vernichten.

Allerdings gibt es hier zwei Einwände. Zum ersten kann man sehr leicht das Tempo unterschätzen, mit dem solche Technologielücken in der Vergangenheit geschlossen wurden. Der Stapellauf der britischen *Dreadnought*-Schlachtschiffe im Jahr 1906 machte alle anderen Schlachtschiffe obsolet. Das Atomwaffenmonopol der Vereinigten Staaten erwies sich auch als gleichermaßen kurzlebig. Heute ist die Treffsicherheit der amerikanischen Kampfflugzeuge und Bomber von Computerprogrammen abhängig, die den Piloten die Entscheidung in Sekundenbruchteilen ermöglichen, von Computerprogrammen, die sehr bald Piloten überhaupt überflüssig machen könnten. Wer sich im zivilen Computerbereich auskennt, weiß, daß es äußerst schwierig ist, einen Durchbruch im Programmbereich längere Zeit für sich zu monopolisieren. Technologietransfer erfolgt besonders dann schnell, wenn das Überleben des Landes auf dem Spiel steht.

Zweitens, die militärische Überlegenheit der Vereinigten Staaten wurde durch das außergewöhnlich hohe Wirtschaftswachstum in den neunziger Jahren ermöglicht, das plötzlich die riesigen Verteidigungsausgaben relativ unbedeutend erscheinen ließ. Dieses Wirtschaftswachstum konnte aber bloß deshalb zu diesem Zweck herangezogen werden, weil es die amerikanische Politik, zumindest seit dem Ersten Weltkrieg, mit besonderem Erfolg verstanden hat, die Wähler von der Notwendigkeit zu überzeugen, die zur Erhaltung und Verbesserung der Landesverteidigung benötigten Steuern zu zahlen oder die zu diesem Zweck aufgelegten Staatsanleihen zu genehmigen. Somit ist Macht nicht bloß gleich militärische Macht; das heißt, die militärische Macht ist abhängig vom Wirtschaftswachstum und den politischen Institutionen.

»Außenpolitik ermöglicht es schwachen Staaten, stärkeren entgegenzutreten.«

Richtig. Dieses Argument gefällt besonders den Europäern. Ihnen ist klar, daß die EU, militärisch gesehen, ein Zwerg ist, obwohl die europäischen NATO-Mitglieder zusammengenommen mehr Männer unter Waffen haben als die Vereinigten Staaten. Aber wenn sie gemeinsam agierten sowie durch die Institutionen der internationalen Nachkriegsordnung – wie die Vereinten Nationen, die Welthandelsorganisation und die NATO –, sind die Europäer in der Lage, Washington zur Zurückhaltung zu veranlassen. Der an der Universität von Harvard tätige Politikwissenschaftler Samuel P. Huntington meinte einmal, die europäische Integration sei ein »einzigartiger Vorgang«, während sich der Rest der Welt nach Amerika orientiere und daß das letztlich

zu einem »wirklich multipolaren« 21. Jahrhundert führen werde. Die Energie und die Zeit, die die Vereinigten Staaten dafür aufwenden, um die europäischen Mächte, vor allem Frankreich, zu veranlassen, ein militärisches Vorgehen gegen den Irak zu billigen, zeigt, daß an dieser Ansicht einiges wahr sein mag.

Sicherheit vermag die Fähigkeit, Bündnisse zu schließen, die verhältnismäßige Schwäche eines Landes mehr als auszugleichen. Keiner schrieb einleuchtender darüber, wie ein solches System funktioniert, als A. J. P. Taylor. Sein 1954 erschienenes Buch *The Struggle for Mastery in Europe* ist die klassische Untersuchung außenpolitischer Machtverhältnisse. Einst war es nicht bloß die militärische Überlegenheit, sondern ebensowohl eine geschickte Außenpolitik, die Piemont und Preußen zum Sieg über ihre an sich stärkeren europäischen Rivalen, Österreich und Frankreich, verhalf.

Darin liegt auch einige Ironie. Befürworter einer auf das Gleichgewicht der Mächte ausgerichteten Außenpolitik, wie Henry Kissinger, neigten dazu, Organisationen wie die Vereinten Nationen und ihren Vorläufer, den Völkerbund, die aufgrund von Initiativen der Erzidealistin Franklin D. Roosevelt und Woodrow Wilson geschaffen wurden, auf die leichte Schulter zu nehmen. Aber heute benützen europäische Mächte solche überstaatliche Institutionen – die im Namen der kollektiven Sicherheit eingerichtet wurden – auf höchst realpolitische Art und Weise.

»Eine starke Wirtschaft macht eine Nation mächtig.«

Nicht unbedingt. Sicherlich ist man sehr versucht, anzunehmen, daß Macht gleichbedeutend sei mit einer großen Wirtschaft – daß ein Bruttonationalprodukt mit Großmacht gleichzusetzen ist. Daher verweisen viele Fachleute auf Chinas gewaltige Volkswirtschaft und ihr schnelles Wachstum als Hinweis darauf, daß das Land bald zur Supermacht aufsteigen werde, wenn das nicht schon geschehen sei. Man müsse bloß die jährlichen Wachstumsraten der vergangenen dreißig Jahre in die Zukunft projizieren, und das BNP Chinas wird innerhalb von zwanzig Jahren jenes der Vereinigten Staaten erreichen und das der Europäischen Union übertreffen.

Indessen ist das BNP nicht gleichzusetzen mit großer außenpolitischer Macht. Wenn keine Institutionen vorhanden sind, die die Leistungen der Wirtschaft in die erforderlichen Rüstungsgüter umsetzen – und wenn die Wirtschaft schneller wächst als das außenpolitische Interesse der Öffentlichkeit –, dann ist dieses BNP nicht mehr als bloß potentielle Macht. Hinsichtlich des BNP überholten die Vereinigten Staaten in den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts Großbritannien. Aber erst mit dem Ersten Weltkrieg konnten die Vereinigten Staaten schließlich das britische Empire als Weltmacht überholen.

Auf alle Fälle werden die nationalen Wachstumsraten in den nächsten zwanzig Jahren nicht mehr an die der letzten drei Jahrzehnte heranreichen. In dem an einer Rezession leidenden Japan werden sie sicherlich niedriger ausfallen, während sie in den Vereinigten Staaten möglicherweise höher sein werden, wenn etwas Wahres an der Behauptung ist, daß die in den neunziger Jahren in der Informationstechnologie getätigten Investitionen der amerikanischen Produktivität einen nachhaltigen Impuls gegeben haben. Hingegen wird es China in den nächsten Jahrzehnten schwerfallen, jährliche Wachstumsraten von über fünf Prozent aufrecht zu erhalten. Der asiatische Gigant leidet bereits an schwerwiegenden sozialen Problemen, da Markt-

kräfte das zerstören, was einst eine Planwirtschaft gewesen war. Vor dem Jahr 1914 hatte die russische Wirtschaft das schnellste Wachstum in ganz Europa, aber die darauffolgende gesellschaftliche Polarisierung führte 1917 zum Zusammenbruch Rußlands.

»Der Zugang zum Erdöl ist der Schlüssel zur Macht.«

Nein. Ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum ist nur dann möglich, wenn man Zugang zu großen Mengen billigen Erdöls hat. Wenn also die Ölreserven der Schlüssel sind, würde da die eigentliche Macht nicht bei den ölproduzierenden Staaten der arabischen Welt liegen? Die Realitäten sind hier offensichtlich. Der Nahe Osten liefert 31 Prozent der Weltölforderung, konsumiert aber selber nur sechs Prozent. Nordamerika erzeugt etwa 18 Prozent der Weltölproduktion, verbraucht aber 30 Prozent. Noch ernüchternder sind die Zahlen in bezug auf die weltweiten Ölreserven: die Vereinigten Staaten verfügen bloß über sechs Prozent; der Nahe Osten über 65 Prozent. Derzeit bezieht die amerikanische Wirtschaft etwa 14 Prozent ihres Ölverbrauchs aus dem Persischen Golf, vor allem aus Saudi-Arabien, doch erwartet man, daß diese Zahl noch ansteigen wird. Einige Fachleute erwarten, daß ab dem Jahr 2008 die Lieferungen aus nicht zur OPEC gehörenden Staaten stark zurückgehen werden, und daß es dann, ab 2010, zu einem weltweiten Ölmangel kommen wird, es sei denn, es käme zu wichtigen technischen Neuerungen.

Jedenfalls wird man durch das Erdöl nicht unbedingt mächtig, aber sicherlich reich. Die strategische Bedeutung des Erdöls aus dem Nahen Osten läßt es als sicher erscheinen, daß die Vereinigten Staaten ihren Einfluß in dieser Region nicht verringern, sondern vielmehr ausweiten werden. Nicht nur der Irak, sondern sogar Saudi-Arabien – schon heute ein unsicherer Verbündeter und eine Brutstätte des Terroristennetzes der Al-Qaida – werden vielleicht in naher Zukunft amerikanische Protektorate werden, so wie das nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland und Japan der Fall war.

»Die wahre Macht liegt bei den globalen Financiers.«

Nein, keineswegs. Marxistisch angehauchte, minderjährige Protestierer behaupteten von Seattle bis Florenz, die wirkliche Macht liege in den Händen der internationalen Finanzinstitutionen, vor allem der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF). Diese Vorstellung ist äußerst dümmlich. Diese beiden Institutionen neigen zwar dazu, einander zu kritisieren, aber eines haben sie gemeinsam – sie bemühen sich, den unterentwickelten oder im Übergang befindlichen Volkswirtschaften auf die Beine zu helfen. Ihre Medizin mag nicht immer wohlschmeckend oder wirksam sein, aber das ist eine andere Sache. Diese Institutionen sind einfach nicht mächtig genug. Alles, was sie die meiste Zeit tun können, ist, Geld an gefährdete Staaten zu verleihen und sie zu mahnen, etwas gegen ihre Gefährdung zu tun. Das ist keine nennenswerte Macht.

Ihre Ressourcen sind wesentlich geringer, als die Masse der Globalisierungsgegner zu wissen meint. Die »Gesamtressourcen« des IWF sind, nach eigenen Angaben, etwa 290 Milliarden Dollar, aber eigentlich kann er nicht mehr als 69 Milliarden

Dollar herausgeben. Das ist weniger als ein Sechstel des jährlichen Sozialversicherungsbudgets der Vereinigten Staaten.

Sicherlich meinen manche, IWF & Co seien bloß die vorgeschobenen Strohmänner der wirklichen Machthaber: der multinationalen Konzerne. Diese Argumente sind ernster zu nehmen. Laut dem *Fortune Magazine* haben die drei größten Unternehmen der Welt zusammen Aktiva im Wert von mehr als 550 Milliarden Dollar und Einkünfte in ähnlicher Höhe. Sie beschäftigen mehr als 1,8 Millionen Menschen. Aber man kann kaum behaupten, daß die Firma *Wal-Mart Stores* – die größte der drei – Macht besitzt. Und auch dann, wenn es glaubwürdiger erscheint, dem nächstgrößten Unternehmen – *ExxonMobil* – große Macht zuzuschreiben, dann sollte man auch hier nicht übertreiben.

Es hat im Lauf der Geschichte Unternehmen gegeben, die ihre Macht so direkt und so erfolgreich einsetzten, daß sie selber gleichsam zu Staaten wurden. Die *East India Company* ist das berühmteste Beispiel. Keiner der heutigen multinationalen Konzerne reicht auch nur im entferntesten an die einstige Macht dieses Unternehmens heran, als es den größten Teil des indischen Subkontinents beherrschte, eine der größten Armeen der Welt finanzierte (und auch die größten Schulden anhäufte), indem es sich unablässig neue Territorien einverleibte und deren Bewohner besteuerte.

Die heutigen Multis üben ihre Macht auf indirekte Weise aus. Anders als in jenen Weltgegenden, wo die Staatsmacht zerbröckelt oder hoffnungslos zerstritten ist, wollen sie lieber mit der Staatsmacht koexistieren, als an ihre Stelle treten. Und das mit gutem Grund. Von Rußland im Jahr 1917 bis zum Iran im Jahr 1979 hat man im 20. Jahrhundert erlebt, daß auch mächtige Ölfirmen im Verlauf von Revolutionen summarisch expropriert werden können. Damit soll nicht gesagt werden, daß Multis noch nie Regierungen gestürzt oder gekauft hätten. Aber im großen und ganzen sind die meisten Multis aufgrund ihrer riesigen Immobilien nicht nur stark, sondern auch verletzlich. Auch darf man nicht übersehen, daß die Multis im Besitz zahlloser Aktionäre sind. So mächtig die Generaldirektoren auch sein mögen, ihre Macht kann sehr schnell beendet werden, wenn sie den Investoren nicht die erwarteten Gewinne bringen.

Sind es also die globalen Investoren, in deren Händen die Macht liegt? Der Mitarbeiter der *New York Times*, Thomas Friedman, meinte, im Zeitalter der Globalisierung liege die eigentliche Macht in der »elektronischen Herde« der internationalen Investoren. Als diese die thailändische Währung fallen ließen, brach prompt die ganze asiatische Wirtschaft zusammen. Es liegt natürlich nahe, daß Finanzminister derartige anonyme Kräfte für ihre Probleme verantwortlich machen: etwa die »Gnome von Zürich«, wie sie der britische Premierminister Harold Wilson einst nannte, nachdem das Pfund Sterling ein neues Nachkriegstief erreicht hatte. Aber Gnome verfügen nur in den Märchen über Macht. Wenn man sagt, die globalen Investoren beherrschten die Welt, dann ist das so, als wollte man sagen, das Plankton beherrsche die Meere. Es mag ungeheuer viel von ihm geben, aber ohne eine übergeordnete Intelligenz könnte es von vorbeiziehenden Walen leicht verschlungen werden. Immerhin waren es die internationalen Investoren, die in den Jahrzehnten vor 1914 enorme Mittel in Länder wie Argentinien, Brasilien, Mexiko und Rußland steckten. Als es sich dann herausstellte, daß diese Länder beschlossen, ihre Auslandskredite nicht mehr zu bedienen, zeigte es sich, daß die Investoren völlig machtlos waren.

»Die Vereinigten Staaten üben ihren Einfluß mit sanfter Gewalt aus.«

Nicht wirklich. Der in Harvard tätige Politikwissenschaftler Joseph S. Nye jun. prägte den Begriff von der »sanften Gewalt« – das ist die Vorstellung, daß traditionell nicht gebräuchliche Faktoren wie kulturelle und kommerzielle Produkte geeignet wären, die Weltpolitik zu beeinflussen. Da viele der größten Multis in Amerika beheimatet sind, so meint man, lassen die von ihnen verbreiteten Produkte den *American Way of Life* attraktiv erscheinen und sind somit ein Schlüssel zur realen, von den Vereinigten Staaten ausgeübten Macht.

Das Problem mit der sanften Gewalt ist der Umstand, daß sie sanft ist. In der ganzen islamischen Welt erfreuen sich die *Kids* (oder würden sich gerne erfreuen) an Coca Cola, Big Macs, CDs mit Britney Spears und DVDs mit Tom Cruise. Aber bewirken diese Dinge, daß sie die Vereinigten Staaten mehr schätzen? Seltsamerweise nicht. Nun, vielleicht ist das nicht einmal so seltsam. Im 19. Jahrhundert benützte Großbritannien als erstes diese sanfte Gewalt, indem es seine Kultur über die Predigten der Missionare und Artikel in anglophonen Publikationen verbreitete. Und doch waren es dann die am meisten anglisierten Teile der indigenen Bevölkerungen des British Empire, aus denen die nationalistischen Bewegungen kamen. Ein Archetypus war der bengalische Babu – der Shakespeare besser zu zitieren wußte als der durchschnittliche Auslandsbrite –, der am Tag für die Briten arbeitete, und des nachts ihren Sturz plante. Die Antiglobalisierungsdemonstranten, die bei McDonalds die Fenster einschlagen und gleichzeitig *Gap*-Khakimode und *Nike*-Sportschuhe tragen, sind die heutige Form dieses janusköpfigen Phänomens.

»Konsumenten, Aktivisten und Terroristen sind die eigentlichen Träger der globalen Macht.«

Nein. Die amerikanischen Konsumenten mögen der Motor der Weltwirtschaft sein, aber ihre Macht ist spezieller Art – die Macht der Herde, die entweder eine unbewegliche Masse ist, oder – wie die genannten globalen Investoren – eine losstürmende Horde. In der Tat neigt die numerische Stärke der Konsumentenmacht dazu, sich umgekehrt proportional zu dem Maße zu verhalten, nach dem sie organisiert und geführt wird.

Es ist inzwischen ein Klischee geworden, daß die nichtstaatlichen Organisationen (NGOs) heute aus eigenem zu mächtigen Akteuren auf der internationalen Bühne geworden, gleichsam zu Säulen einer im Entstehen begriffenen, globalen Zivilgesellschaft. Die diesbezüglichen Zahlen sind zweifellos beeindruckend: So hat sich, beispielsweise, die Mitgliederzahl des *World Wildlife Fund for Nature* (WWF) seit Mitte der achtziger Jahre um das Zehnfache vergrößert und steht heute bei etwa fünf Millionen. Diese NGOs verfügen über wesentlich größere Mittel als die meisten offiziellen internationalen Organisationen: das Jahresbudget der Welthandelsorganisation WTO beträgt etwa 100 Millionen Dollar, das ist weniger als ein Drittel des WWF-Budgets. Allerdings wird die derzeitige WWF-Kampagne gegen die Überfischung der Weltmeere höchstwahrscheinlich vereitelt durch die vielen Millionen Konsumenten, die – man errät es – lieber Fisch essen, als über die Zukunft des Planeten nachzudenken. Die Schmälerung der Macht der gut Organisierten ist wohl die Indifferenz jener, die passiv bleiben und einfach einkaufen gehen.

Andere sind besorgt, daß es nicht die Konsumenten oder Aktivisten sind, die die größte Macht besitzen, sondern einige wenige Verrückte mit Zugang zu Massenvernichtungswaffen. Die historisch einmalige Billigkeit, Kleinheit und Zerstörungskraft moderner Waffen verstärkt zweifellos die Macht der Terroristen. Angesichts dieser Art von Macht erscheint selbst der größte Staat und die reichste Volkswirtschaft machtlos. Das war, nach Auffassung vieler Kommentatoren, die Lehre des 11. September: der Selbstmordattentäter kommt immer zum Ziel.

Dennoch bleibt die Frage, ob sich selber und andere in die Luft zu sprengen, eine zweckmäßige Methode zum Erwerb von Macht und zur Erreichung politischer Ziele ist. Mit der Tötung von britischen Zivilisten hat die *Irish Republican Army* es (noch) nicht erreicht, ein vereinigtes Irland zu schaffen. Und man kann sich kaum vorstellen, daß die Vereinigten Staaten wegen der fortdauernden Terrorkampagne verschreckt ihr Militärpersonal aus dem Nahen Osten abziehen werden – sofern das tatsächlich das ist, was Osama bin Laden erreichen will.

»Moralische Appelle bewirken in der internationalen Politik wenig.«

Falsch. War es nicht Josef Stalin, der einst die Frage stellte, wie viele Divisionen der Papst habe? Wir sollten auch die Macht der Ideologie und der Religion nicht unterschätzen, die sich in der Tat als dauerhafter erwiesen hat als die Rote Armee. Mancher würde in der Tat sagen, daß, abgesehen von Michail Gorbatschow und Ronald Reagan, niemand zum Sturz des Kommunismus in Osteuropa mehr beigetragen habe als Papst Johannes Paul II. So ist der Glaube vielleicht eine ebenso wichtige Komponente der Macht als materielle Ressourcen.

Weiters darf man eine weitere Dimension der Macht nicht außer acht lassen: die psychologische. Zwei Faktoren können die Fähigkeit eines Gebildes zur Machtausübung erheblich vergrößern oder vermindern: zum ersten die eigene Legitimität in den Augen der einzelnen Mitglieder, und zweitens die Glaubwürdigkeit in den Augen anderer Mächte.

Das sind zwar nicht quantifizierbare, aber dennoch äußerst wichtige Bestandteile der Macht. Und die Welt täte gut daran, das zu bedenken. Denn in dem von Präsident Bush im September 2001 erklärten Krieg gegen den internationalen Terrorismus könnten sie sich als entscheidendes Element erweisen.

So wie die Dinge heute liegen, haben sowohl die Vereinigten Staaten als auch die Terroristendiaspora ihre Glaubwürdigkeit überzeugend etabliert, die Terroristen durch die Zerstörung der Türme des *World Trade Centers*, die Vereinigten Staaten durch die Niederwerfung des Talibanregimes. Gleichzeitig scheinen beide in den Augen ihrer jeweiligen Anhänger Legitimität zu besitzen. Sicherlich hat sich die Stimmung der amerikanischen Öffentlichkeit am 11. September dramatisch gewandelt. Auch scheint die Unterstützung für die Al-Qaida unter den jungen Muslimen von Karatschi bis Riyad weiterhin ungebrochen zu sein. Manche betrachten den derzeitigen amerikanischen Patriotismus als eine Art von Religion, die auf ihre Weise ebenso erschreckend sei wie der islamische Fundamentalismus. Aber trifft das wirklich zu?

Ausdauer – die Fähigkeit jeder Organisation des Menschen, ein gemeinsames Unternehmen stetig zu betreiben – ist sowohl von moralischen als auch von materiellen Faktoren abhängig. Das ist eine der ältesten Lehren der Kriegsgeschichte. Das

russische Heer ist 1917 unter wesentlich weniger harten Bedingungen zusammengebrochen, als sie das russische Heer im Jahr 1942 ertrug, als Stalins totalitäre Kombination von Propaganda und Druck die Legitimität seines Regimes stützen half.

Theoretisch sollten sich Demokratien ebenso widerstandsfähig erweisen, auch wenn sie sich eher auf den Konsens durch Repräsentation stützen als auf Druck. Aber niemand kann sich dessen sicher sein. Keine Demokratie hatte jemals so enorme Entbehrungen erlitten wie jene, die die Nazis der Sowjetunion auferlegten. Vor allem die Vereinigten Staaten sind eigentlich in allen Kriegen, die sie gegen auswärtige Gegner ausfochten, erstaunlich glimpflich davongekommen.

Bei der Macht geht es, zumindest teilweise, um die möglichst umfassende Monopolisierung der überzeugenden Machtdarstellung, die vor allem Materielles umfaßt: Kanonen, Butter, Menschen, Erdöl. Heute sind diese Dinge gleichmäßiger verteilt durch das Tempo, mit dem Kenntnisse – einschließlich Kenntnisse von militärischer Bedeutung – verbreitet werden können. In diesem Sinn findet die Macht *per se* heute mehr Verbreitung. Ein Staat mit einer Atomrakete ist sehr mächtig, zwölf Staaten mit Atomraketen sind als einzelne erheblich weniger mächtig. Je mehr Proliferation, umso weniger Macht.

Aber bei der Macht geht es auch um Moral. In einer Welt, die durch eine starke Diffusion der meisten materiellen Elemente der Macht gekennzeichnet ist, mag die wirkliche Macht letztlich von Glaubwürdigkeit und Legitimität abhängen. Der Glaube vermag Berge zu versetzen. Aber er kann auch Menschen bewegen.

Quellennachweise

Werke über Militärmacht mit Schwergewicht auf Technologie und Logistik, siehe *The Pursuit of Power: Technology, Armed Forces and Society Since A. D. 1000* (Chicago, 1982) von William H. McNeill, und *Supplying War: Logistics From Wallenstein to Patton* (New York, 1977) von Martin van Creveld. Erkenntnisse über die Nutzung militärischer Potentiale auf dem Weg der Außenpolitik, siehe A. J. P. Taylor *The Struggle for Mastery in Europe, 1848–1918* (Oxford, 1954), und F. H. Hinsley *Power and the Pursuit of Peace: Theory and Practice in the History of the Relations Between States* (Cambridge, 1963). Eine klassische Arbeit über das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Politik ist Paul M. Kennedys *The Rise and Fall of the Great Powers: Economic Chance and Military Conflict From 1500 to 2000* (New York, 1987). Zum Thema Erdöl, siehe Daniel Yergins mit dem Pulitzerpreis ausgezeichnete Arbeit *The Price: The Epic Quest for Oil, Money and Power* (New York, 1991). Niall Fergusons *The Cash Nexus: Money and Power in the Modern World, 1700–2000* (New York, 2001) bietet historische Einblicke in Grenzen und Ausmaß finanzieller Macht.

In seinem klassischen Werk *Vom Kriege* erachtete Carl von Clausewitz die Moral als entscheidenden Faktor auf dem Schlachtfeld. Siehe auch Timothy Garton Ash *History of the Present: Essays, Sketches, and Dispatches from Europe in the 1990s* (New York, 2001).

Die Zeitschrift *Foreign Policy* hat jahrelang die internationalen Machtverhältnisse untersucht. Siehe Joseph S. Nye jun. »Soft Power« (Herbst 1990), Devesh Kapur »Who Gets to Run the World?« (November/Dezember 2000), Stephen D. Krasner »Think Again: Sovereignty« (Januar/Februar 2001), Robert Skidelksky »Imbalance of Power« (März/April 2002), Immanuel Wallerstein »The Eagle Has Crash Landed« (Juli/August 2002) und John Lewis Gaddis »A Grand Strategy of Transformation« (November/Dezember 2002).

Zugang zu relevanten Webseiten, mit Zugang zum *Foreign Policy*-Archiv, und einem umfassenden Index von *Foreign Policy*-Aufsätzen findet man unter www.foreignpolicy.com

© *Foreign Policy*, New York, Jänner–Februar 2003

Arabische Demokratie?

Adam Garfinkle

Man sage, was man will über Lyndon Johnsons Fehler, aber dieser Mann verfügte über ein scharfes Gespür in bezug auf den amerikanischen Charakter. »Und was unser amerikanisches Volk betrifft«, erklärte er in einer im November 1967 abgehaltenen Pressekonferenz, »wenn wir in irgendeine Art von Wettbewerb geraten – sei es ein Krieg, eine Wahl, ein Fußballspiel oder was auch immer –, dann wollen wir eine schnelle Entscheidung – sofort angreifen oder rausgehen.« Johnsons Wissen um die mangelnde Toleranz der Amerikaner gegenüber Zweideutigkeiten, vor allem in Sachen der Nationalen Sicherheit, zeigt auf, wie wir über das Problem des massenhaft Opfer fordernden Terrorismus denken, und wie wir damit umgehen. Mit einer Verwundbarkeit von apokalyptischen Ausmaßen leben zu müssen, ist für die meisten Amerikaner einfach unvorstellbar. Daraus folgt, es müsse unbedingt einen Weg geben, derartige Schwächen zu beseitigen.

Manche sehen diesen Weg darin, daß man die Terroristen, wo immer man sie findet, umbringt oder verhaftet, und sämtliche Regime, die sie unterstützen, entweder stürzt oder sie durch Einschüchterung zum Wohlverhalten zwingt. Das war wohl die Kernaussage der ursprünglichen Bush-Doktrin (seither verfeinert zu einer Strategie gleichzeitiger militärischer und politischer Präventivmaßnahmen – über die noch zu sprechen sein wird). Für andere bestünde die Lösung in einer Art von Marshall-Plan für den Nahen Osten, ausgehend von der Prämisse, daß die Armut den Terrorismus hervorruft. Aber fast alle sehen, daß ein umfassender und drakonischer militärischer Einsatz, und sei er technologisch noch so verheerend, allein kaum zum Erfolg führen würde und letztlich in Zukunft mehr Probleme schaffen könnte, als er im Augenblick lösen würde. Die Lösung durch Milderung der Armut ist angesichts des Umfangs und der Dringlichkeit des Problems so ungeeignet, daß verantwortungsbewußte Menschen das kaum ernst nehmen. Daher ist nun eine etwa in der Mitte zwischen einer militärischen und einer materiellen Lösung angesiedelte Lösungsmöglichkeit in den Vordergrund getreten: die Förderung der arabischen Demokratie.

Seit dem vergangenen Herbst dämmert es uns, daß die politischen Gegebenheiten in der muslimischen Welt im allgemeinen und in der arabischen Welt im besonderen auf Voraussetzungen beruhen, die im krassen Gegensatz zu den unseren stehen. Sicherlich würden nicht viele Muslime oder Araber so denken oder handeln wie die Mitglieder der Al-Qaida, aber das Ausmaß des Antiamerikanismus und der Feindschaft gegenüber dem Westen im allgemeinen ist im Nahen Osten weit verbreitet und basiert nicht auf einer spezifischen amerikanischen Politik, sondern auf seit langem schwelenden unvereinbaren Auffassungen von Idealen und das Wesen des öffentlichen Lebens. Das mag letztlich auf den Zusammenstoß der Kulturen hinauslaufen oder nicht, jedenfalls steckt mehr dahinter als bloßer Mangel an gegenseitigen Informationen.

Zweischneidige Demokratisierung

Kurz nach den Ereignissen vom 11. September 2001 stellte sich die entscheidende Frage: Können wir die politische Kultur des Nahen Ostens verändern? Manche schlossen sich Thomas Friedmann an, der das Ziel des Kriegs gegen den Terrorismus folgendermaßen definierte: »Es geht um Demokratie, Blödmann.« »Wer glaubt, wir müßten in den arabischen und muslimischen Staaten nicht auf Demokratie drängen, sondern könnten uns dort auf repressive Regime stützen«, schreibt er in einem am 20. November in der *New York Times* erschienenen Leitartikel, »der liegt völlig falsch.« Andere meinten, solche Ziele seien zu weit gesteckt. So erklärte, beispielsweise, Michael Kelly in einem Essay in der *Washington Post* schon am nächsten Tag, wohl sei Demokratie letztlich die Voraussetzung für die Schaffung freier, toleranter und nachbarlich gesinnter Staaten, aber es »bleiben doch drei Fragen: Sind wir im allgemeinen imstande, undemokratische islamische Regime zu stürzen (und es gibt ihrer viele) und sie durch freie und moderate Demokratien zu ersetzen? Was würde geschehen, wenn wir dies versuchten? Und wenn wir Erfolg hätten?« Seine Antworten waren ernüchternd: »Im großen und ganzen sind wir nicht imstande, solche Regime zu stürzen ... wenn wir das versuchten, dann würden wir wahrscheinlich mit einem realen *Jihad* konfrontiert werden. Auch wenn wir Erfolg hätten, dann würden wir uns damit zahlreiche unbeabsichtigte Konsequenzen einhandeln«, darunter womöglich ein talibanistisches Regime in Saudi-Arabien.

Der über die Medien ausgetragene Meinungs-austausch über diese Frage widerspiegelte eine tiefgreifende und alte Debatte unter Fachleuten, zumeist außerhalb, aber auch schon innerhalb der Regierung Bush. Diese Frage wurde im inneren Kreis monatelang erregt debattiert, aber am 1. Juni schien sie zugunsten einer weitreichenden und optimistischen Auffassung entschieden worden zu sein.¹ Präsident Bush erklärte in West Point:

»Wenn es um die allgemeinen Rechte und Bedürfnisse von Männern und Frauen geht, da gibt es keinen Zusammenstoß der Kulturen. Die Erfordernisse der Freiheit gelten voll und ganz auch für Afrika, Lateinamerika und die gesamte islamische Welt. Die Menschen in den islamischen Staaten wünschen, wollen und verdienen dieselben Freiheiten und Chancen, wie die Menschen in allen Nationen ... Mütter, Väter und Kinder in der ganzen islamischen Welt teilen dieselben Ängste und Hoffnungen mit der ganzen Welt. Wenn sie arm sind, dann kämpfen sie. Unter der Tyrannei leiden sie. Und, wie wir in Afghanistan gesehen haben, wenn die Befreiung kommt, dann feiern sie.«

Offenbar erachtet die Regierung die Schaffung einer arabischen Demokratie als strategischen Imperativ und als folgerichtige politische Begleitung einer Politik der militärischen Präventivmaßnahmen. Mit anderen Worten, zusätzlich zur Prävention von Raketenangriffen und Attacken Wahnsinniger werden wir im Laufe der Zeit auch deren Beweggründe präventiv eliminieren.

Die politische Prävention erfolgt in drei Stufen: zum ersten, die Vereinigten Staaten verstärken ihre Auslandshilfe und ihre außenpolitischen Maßnahmen, wobei man davon ausgeht, daß es nicht Armut und Unwissenheit sind, die den Terrorismus verursachen, sondern vielmehr, daß Armut und Unwissenheit der buchstäbliche und psychologische Nährboden des Terrorismus sind. Zweitens, die Vereinigten Staaten engagieren sich in solchen Fällen, wo sich scheiternde Staaten in einer strategisch wichtigen Lage befinden, am Wiederaufbau des Staatswesens. Und drittens, die Vereinigten Staaten fördern die Demokratie sowohl um ihrer selbst willen, aber auch deshalb, weil die Linderung der Armut, die Förderung freier und verantwortungsbewußter Medien und die nationale Konsolidierung letztlich ohne Demokratie sinnlos wären. Daraus folgt im einzelnen, daß die amerikanische Regierung erkennt, daß die nationale Konsolidierung in Afghanistan unerlässlich ist; daß ein Zusammenhang besteht zwischen einem palästinensisch-israelischen Frieden und einer demokratischen Reform der Palästinabehörde, und daß der Sturz des Baath-Regimes im Irak anschließend die Installierung einer Demokratie an seiner Stelle erfordert.

Die Absicht, die Demokratie auf die islamische und arabische Welt zu übertragen, ist plötzlich sehr populär geworden. Zum ersten freuen sich die Redenschreiber und politischen Berater im Weißen Haus darüber ganz besonders, denn es adelt ein politisches Vokabular, dessen Kritiker dann problemlos mundtot gemacht werden können. Weiters entspricht es ziemlich genau dem Glauben der Amerikaner an ihre globale Mission als »Lehrer der Menschheit auf ihrer Pilgerfahrt zur Vollkommenheit«, wie es Reinhold Niebuhr einst beschrieb. Wenn Amerikaner irgendwo auf der Welt mit einem Problem konfrontiert werden, für das es keine naheliegende Lösung gibt, erweist sich die Förderung der Demokratie – was letztlich heißt, jene zu nötigen, mehr wie »wir« zu sein – als eine Ersatzlösung, die überdies mit herablassender Arroganz einerseits und einem Kasten voll technologischem Firlefanz andererseits verabreicht wird. (Allerdings steht Amerika als liberales Imperium in dieser Hinsicht keineswegs außer der Reihe; ähnliche Bestrebungen nannte man früher »die Bürde des Weißen Mannes« oder »*La mission civilatrice*«, wodurch man jetzt besser versteht, wieso man sogar in Washington wieder von Rudyard Kipling fasziniert ist.)

Sogar einige normalerweise vorsichtige Kommentatoren bekennen sich zum Projekt des Demokratieexports zu den Arabern. Jim Hoagland kritisierte die lammfromme Rede des Präsidenten Bush vom 24. Juni über die Reformierung der Palästinabehörden: Die Rede, die Bush am Montag von sich gab, hätte sich vielmehr damit befassen sollen, auf welche Weise sich die arabische Welt insgesamt an die moderne politische und ökonomische Demokratie anzupassen habe – und was die Vereinigten Staaten zu tun gedenken, um ihnen dabei zu helfen. Hoagland mahnt die Vereinigten Staaten, nicht kleinkariert zu denken, und prophezeit eine »enorm ausgeweitete und eindrucksvolle amerikanische Militärpräsenz ... um neue und demokratische Führungen im Irak und in einem Palästinenserstaat entwickeln zu helfen und zu beschützen«. Diese militärische Präsenz, vor allem im Irak, »wird als entscheidender Faktor bei der demokratischen Transformation eines großen arabischen Landes die-

nen, der ein Vorbild für die ganze Region sein könnte«. Allerdings wird die Einführung dieses Modells gänzlich neues Personal erfordern: »Die amerikanische Regierung kann sich dabei nicht auf lokale Führungspersönlichkeiten stützen, die sich der Einführung der Demokratie verpflichtet fühlen und als Werkzeug dieser Veränderung fungieren würden ... diese führenden Persönlichkeiten dürfen nicht verhätschelt oder verwöhnt werden, sondern müssen herausgefordert werden.«

Michael Kelly warf seine frühere Vorsicht über Bord und prophezeite einen demokratischen Irak und ein demokratisches Palästina »in wenigen Jahren«, sowie Entwicklungen, die zu einer »Umwälzung der Machtverhältnisse im Nahen Osten führen werden, die auf eindringliche Weise die Auswirkungen der Befreiung Afghanistans verstärken werden und dadurch arabische und islamische Regime zwingen werden, demokratische Reformen in zunehmendem Maße zuzulassen. Eine »Mehrzahl von Arabern«, erklärt er, »wird erkennen, daß Amerika ihr wichtigster Verbündeter auf dem Weg zur Freiheit in ihren eigenen Ländern darstellt, denn heute verwerfe der Präsident »die gesamten geistigen Grundlagen der Nahostpolitik«, bei der wir die politische Menschenfeindlichkeit der Araber in Kauf genommen haben, um Stabilität und Erdölversorgung sicherzustellen. Kellys Schlußfolgerung: »Das ist radikal und wird auch radikale Ergebnisse zeitigen.« William Kristol übertraf die Seligsprechung der neuen Politik mit einem Lobgesang auf die Anwendung der demokratischen Friedenstheorie auf den Nahen Osten. »Die Vision des Präsidenten von einer demokratischen und friedlichen Durchdringung des Nahen Ostens, von Israel über Palästina, Jordanien und den Irak«, schreibt er, »ist zum vorherrschenden Ziel der Regierung Bush geworden – und obwohl anspruchsvoll, so ist sie doch der einzig realistische Weg zum Frieden im Nahen Osten und zum Sieg im Krieg gegen den Terror.«²

Diese Vision als »realistisch« zu bezeichnen, ist in der Tat sehr fragwürdig, denn bisher haben die Realisten stets gemeint, daß der Friede in regionalen Subsystemen eher durch ein Gleichgewicht der Mächte gewährleistet würde als durch den Charakter der jeweiligen Regime. Wenn führende Regierungsmitglieder tatsächlich Kristols Vorstellung sowie den Enthusiasmus der Herren Hoagland und Kelly teilen, dann hat Gary Schmitt recht, wenn er meint, die Debatte zwischen Realisten und Neokonservativen über die Bedeutung des Charakters von Staatswesen sei nun durch die Bush-Doktrin zugunsten der letzteren entschieden worden.³ Allerdings ist das wohl keine Dauerlösung, denn da gibt es, im Zusammenhang mit dieser Vorgangsweise, noch drei Probleme, die ein Überdenken nötig machen könnten – die ersten beiden sind sehr schwerwiegend, und das dritte noch mehr.

Stärkt Demokratie die Aggressivität?

Das erste Problem betrifft die Annahme, eine arabische Demokratie wäre gleichzusetzen mit einer »friedlichen Durchdringung« des Nahen Ostens. Die Wahrheit ist vielmehr, daß mehr oder weniger institutionalisierte populistische Demokratien auch Krieg führen könnten und daß insbesondere manche »Länder in der Übergangsphase der Demokratisierung statt friedlicher vielmehr aggressiver und kriegslüsterner werden«.⁴ Das trifft vor allem auf heutige, nichtwestliche Gesellschaften zu, in denen eine Demokratisierung mit einem Wiederaufleben von politischen Identitätsproblemen zusammentreffen, und das dazu führt, was Samuel Huntington als das »Demo-

kratierparadox« bezeichnet: Die Demokratie erleichtert die Machtergreifung von Gruppen, die sich traditionelle ethnische und religiöse Treueverhältnisse zunutze machen, die sich womöglich bald als antiwestlich und – darin liegt ja das Paradox – als antidemokratisch erweisen könnten. Wir haben dieses Phänomen schon in islamischen Bereichen wie in Indonesien und im nördlichen Nigerien beobachtet und ein im Keim ersticktes Beispiel in Algerien. Wir wissen, daß die öffentliche Meinung in den meisten arabischen Ländern viel mehr antiwestlich eingestellt ist als die dort herrschenden Regime. Wenn diese öffentliche Meinung so stark wird, daß sie die Politik der Regierung bestimmt, anstatt sie bloß zu komplizieren, wie das heute der Fall ist, dann ist kaum zu erwarten, daß der Frieden ausbricht.

Das zweite Problem besteht darin, daß eine erfolgreiche Kampagne zur Einführung der Demokratie in Gegenden, wo Schurken und Übeltäter regieren, folgendes voraussetzt: entweder eine radikale Änderung der Einstellung gegenüber den undemokratisch herrschenden Klassen in Saudi-Arabien, Ägypten, Jordanien und anderen Ländern, die wir seit langem unsere Freunde nennen, oder die außenpolitische Heuchelei als Dauerzustand. Wenn wir plötzlich beginnen, uns so zu verhalten, als ob unsere alten, autoritären Bundesgenossen in Wirklichkeit Feinde seien, die die Demokratisierung ihrer Länder verhinderten (obwohl sie unseren besten Schutz gegen den Terroristen darstellen), dann würden wir uns in Wirklichkeit für schlechte Beziehungen zu zehn zumeist bestens etablierten Regimen entscheiden, ohne jegliche Aussicht, sie bald durch demokratische Regierungen zu ersetzen. Andererseits ist eine Politik der Heuchelei nicht einmal eine wirkliche Option: Wie wollten wir die Ausstrahlung eines demokratischen Irak (und Palästinas) nach Saudi-Arabien, Jordanien und Ägypten sowie auf unsere Beziehungen zu deren herrschenden Politikern verhindern?

Das dritte Problem ist ebenfalls grundsätzlicher Natur: Können wir das überhaupt schaffen? Sind die islamischen, insbesondere die arabischen politischen Kulturen so formbar, daß man innerhalb von ein oder zwei Generationen die meisten – oder zumindest einige von ihnen – in echte liberale Demokratien transformieren können? Vielleicht können wir das. Aber vielleicht ist es auch so, daß wir in unserem verzweifelten Bemühen zur Schaffung einer absoluten Sicherheit in einer neuerlich gefährlichen Welt die Sozialgeschichte der Demokratie verzerren und das Wesen jener Gesellschaften mißverstehen, deren politische Ethik wir neu gestalten wollen. Wenn dem so ist, dann müssen wir uns auf erheblichen Ärger gefaßt machen, nicht zu reden von den in kommenden Jahren fehlgeleiteten Bemühungen und Ressourcen. Walter Lippmann bezeichnete einmal die Liebe zum Unmöglichen als eine Krankheit der Seele, und so mag es angebracht sein, dieses dritte Problem genauer zu untersuchen.

Das Schwierige an der Demokratie

Demokratie ist etwas Wunderbares. Und wunderbar wird sie, zumindest teilweise, dadurch, daß sie, wie alles, was wir lieben und schätzen, selten, flüchtig und gefährdet ist. Eine echte Demokratie ist schließlich nicht ein natürlicher Zustand des gesellschaftlichen Lebens, sondern vielmehr das verfeinerte Resultat dieses gesellschaftlichen Lebens, und so dachten auch Locke, Montesquieu und später die amerikanischen Gründerväter. Das waren Männer, die mit ihrem Bekenntnis zu den Segnungen der Freiheit hinter niemandem zurückstanden, die aber nie glaubten, daß alle sozia-

len, gesellschaftlichen und ökonomischen Tugenden von der Annahme einer bestimmten Regierungsform abhängig sei – was Samuel Taylor Coleridge grämlich den »talismanischen Einfluß« des Staates »auf unsere Tugenden und unser Glück« bezeichnete. Diese Männer sahen die Dinge in umgekehrter Reihenfolge: eine bestimmte Staatsform sei vielmehr die *Folge* der sozialen, moralischen und historischen Erfahrungen eines Volkes. Rousseau faßte Montesquieus Hauptargument zusammen: »Freiheit ist keine Frucht jeglicher Verhältnisse und nicht in Reichweite aller Völkerschaften.« Locke meinte, er wüßte auch den Grund dafür: »Der natürliche Staat wird vom natürlichen Gesetz bestimmt, das für alle verpflichtend ist; und die auf diesem Gesetz beruhende Vernunft verlangt von der ganzen Menschheit, sofern sie das zu erkennen bereit ist, daß im Sinne der Gleichheit und Unabhängigkeit keiner dem anderen an Leben, Gesundheit, Freiheit oder Eigentum schaden soll. Aber die meisten Menschen konnten oder wollten sich der Vernunft nicht bedienen, und das bedeutete, »wenn man den Menschen, ehe er von Vernunft geleitet wird, der ungezügelter Freiheit überläßt, dann bedeutet das nicht, daß man ihm das Privileg der ihm von Natur aus zustehenden Freiheit zubilligt, sondern ihn hinausstößt unter die vernunftlosen Wesen und ihn einem elenden Zustand überläßt, der eigentlich tief unter dem Niveau des Menschen liegt«. Die amerikanischen Gründerväter, vor allem Jefferson, waren optimistischer als ihre europäischen Vorfahren hinsichtlich der Chancen »eines Reiches der Freiheit!«, aber sie wußten auch, daß Demokratie durch Disposition bestimmte Voraussetzungen verlangte, die zwar theoretisch allgemeingültig, aber in der Praxis sehr selten waren. Sie blieben auch lange Zeit hindurch eine Seltenheit. Vor dem Ersten Weltkrieg war die Demokratie auf die Englisch sprechende Welt, Frankreich und einige wenige sich herausbildende Formen in Holland, in der Schweiz und in Skandinavien beschränkt. Nach 1919 fanden demokratische Experimente in Deutschland, Italien, Japan, Polen und andernorts zumeist ein böses Ende, und das erklärt auch, warum in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts niemand das heute beschwörende Adjektiv »westlich« mit dem noch viel beschwörenderen Adjektiv »demokratisch« gleichsetzte. Wenn also die Demokratie so schwierig ist und offenbar auch so selten vorkam, wie erklären wir dann die aufeinanderfolgenden »Wellen« der Demokratisierung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts und die Tatsache, daß die Demokratie seit dem Ende des Kalten Kriegs zur praktisch unumstrittenen Norm des politischen Wohlverhaltens geworden ist?

Manche reagieren darauf, indem sie die Legitimität der neuen Demokratien in Frage stellen. Blickt man über gelegentliche Wahlen hinaus auf empirisch begründete Maßnahmen eines politischen Pluralismus – wie etwa jenen auf Robert Dahls Polyarchie-Skala, dann entdeckt man meist illiberale, »gelenkte« Demokratien, in denen es keine Massenparteien gibt und der wirkliche Lokus der politischen Autorität nicht durch Wahlen entfernt werden kann. Aber andere weisen darauf hin, daß eine viel größere Anzahl von Sozietäten das so Schwierige viel öfters und mit langfristigem Erfolg verwirklichen. Die zunehmende Verstädterung und Alphabetisierung, die Informationsrevolution, die zunehmende Zahl der Demokratien, die sich in politischem und ökonomischem Sinn bewähren und die Anziehungskraft der amerikanischen Großmacht sind Faktoren, die die demokratische Revolution wesentlich schneller vorantreiben, wie es nicht einmal Woodrow Wilson für möglich gehalten hätte. Sie meinen, Einstellungen änderten sich in der Tat, gesellschaftliche Verbindungen werden in der Tat erfüllt – mit anderen Worten, die Tendenzen sind real.

Da sowohl die Optimisten als auch die Pessimisten die Demokratie nicht als dichotomische Variable ansehen (das heißt, entweder sie existiert oder sie existiert nicht), sondern als eine kardinale (das heißt, sie kann in größerem oder kleinerem Umfang existieren), so kann die Demokratie gleichzeitig schwierig und leicht sein: leicht zu erhoffen und anzustreben, aber schwierig, sie schnell oder umfassend zu erreichen. Wie man das jeweils beurteilt, hängt davon ab, welche Interessen sich mit dem Gegenstand befassen – mit anderen Worten, vom politischen Umfeld, in dem das Argument entwickelt wird. In den letzten Jahren hat es drei zeitlich aufeinanderfolgende derartige Umfelder gegeben.

Das erste Umfeld war die Zeit des Kalten Kriegs: Wenn die Herstellung von Demokratie leicht wäre, so meinte man, dann würde die Niederwerfung des Kommunismus – anstatt ihn bloß abzuschrecken und einzudämmen – möglich sein. Die Idealisten des Kalten Kriegs betrachteten die Ausweitung der Demokratie als Mittel zur Zurückdrängung und zum Sieg, eine Ansicht, die von der zweiten Regierung Reagan vertreten wurde. Linke Idealisten meinten, die verhältnismäßige Leichtigkeit der demokratischen Entwicklung widerlege die Argumente zugunsten der Unterstützung »amerikafreundlich gesinnter Tyrannen« – den übel beleumdeten Verbündeten der Vereinigten Staaten im Kalten Krieg. Beide Flügel befürworteten den »Export« von Demokratie, und beide anerkannten die wichtigsten Prämissen der demokratischen Friedenstheorie: daß Demokratie zu guten Nachbarschaftsverhältnissen führt und die Fernwirkungen der Demokratisierung die internationalen Sicherheitsverhältnisse eindeutig positiv beeinflussen würden.

Jene, die meinten, daß die Demokratie nur schwer zu verwirklichen sei, das waren vor allem die Realisten, neigten dazu, den Kalten Krieg als praktisch permanenten Zustand anzusehen, einen Zustand, der mit Hilfe der traditionellen, auf dem Gleichgewicht der Kräfte basierende Geopolitik und einer auf Ausgleich ausgerichteten Außenpolitik gemanagt werden müsse. Sie betrachteten den Export von Demokratie als sehr schwierig, denn sie erkannten in der Kultur des jeweiligen Landes eine wesentlich tiefer liegende Ursache der politischen Unbeweglichkeit, als sich Idealisten und Liberale eingestehen wollten. Sie fragten sich, ob die politischen Werte des Westens in einem praktikablen Zeitraum tatsächlich verwirklicht werden könnten. Sie verteidigten die Beziehungen zu amerikafreundlichen autoritären Regimen als gerechtfertigte geringere Übel. Und was die demokratische Friedenstheorie betraf, so anerkannten viele das Vorhandensein einer allgemeinen Tendenz, waren aber nicht geneigt, das als Gesetz der Geschichte anzusehen, vor allem in Zusammenhang mit nichtwestlichen Kulturen, in denen es viel zu wenig Demokratieerfahrung gab, um ein gültiges Urteil zu ermöglichen.

Das zweite Umfeld fand sich in der Zeit nach dem Kalten Krieg, als die Hauptfrage nicht darin bestand, wie man durch die Verbreitung der Demokratie den Kommunismus unterhöhlen könnte, sondern wie die Demokratie dazu beitragen könnte, die schreckliche Erblast des Kommunismus abzubauen. Bedeutete also der Zusammenbruch des Sowjetkommunismus, daß nunmehr sämtliche autoritäre sozialistische Systeme demokratisch werden würden? Hatten wir damit das Ende der Geschichte erreicht, oder würde sich irgendeine neue Form des Nietzscheanischen Willens zur Macht herausbilden? Wie wäre das Verhältnis zwischen Demokratie und Marktwirtschaft? In den ersten Jahren nach dem Kalten Krieg und im Zuge der Globalisierung hatten nach Auffassung vieler die wirtschaftlichen Reformen den Vorrang. (Die Iro-

nie, daß die Vereinigten Staaten jetzt in der ehemaligen »Zweiten Welt« einen materialistischen Ansatz verfochten, nachdem sie gerade ein halbes Jahrhundert damit zugebracht hatten, die heimtückischste und gefährlichste Form des Materialismus zu bekämpfen, soll nicht unerwähnt bleiben.) Da es sich aber bei der Demokratie nicht um einen Alles-oder-nichts-Zustand handelte, sondern um einen Prozeß, dessen Fortschritte oft nur in den Augen des Betrachters wahrnehmbar waren, so kam es dann zu Meinungsverschiedenheiten über die Frage, wie es nun mit der Demokratie im ehemaligen Sowjetimperium und andernorts weitergehe. Je nachdem, ob sie durch eine neoliberale, neokonservative oder realistische Brille sahen, erblickte die jeweilige Denkschule die Widerspiegelung ihrer eigenen Vorstellungen.

Im allgemeinen behielten die Optimisten die Oberhand, sowohl in bezug auf die Denksätze des Kalten Kriegs als auch der Zeit danach. Schließlich hatte die Überlegenheit ihrer Ideen das in der Sowjetunion doch geschafft, oder nicht? Die alten Argumente, wonach konfuzianische oder *caudillo*-geprägte politische Kulturen eine Demokratie in Ostasien und Lateinamerika unmöglich machten, war dadurch doch widerlegt worden, oder? In der Ära Clinton, zumindest bis zur Asienkrise im Jahr 1997, erschien es offensichtlich, daß Demokratie und Marktwirtschaft voranschrritten und einander ohne sichtliche Widersprüche oder Schattenseiten ergänzten. Zweifler warnten, daß Demokratie und Marktwirtschaft revolutionäre Ideen seien, die in Gesellschaften, die das nicht kannten, immer zu chaotischen Zuständen führten. Aber selbst dann, als die Entwicklungen das bestätigten, war der Zeitgeist so beschaffen, daß eine defensive Haltung gegenüber dieser Behauptung so selbstverständlich war wie die Behauptung selber. Es ist weitgehend der Art und Weise zu verdanken, wie der Kalte Krieg zu Ende ging, und auch der allgemeinen Entwicklung der vergangenen zwölf Jahre, daß die Demokratieoptimisten nach dem 11. September 2001 Oberwasser erhielten.

Drei Unterschiede

Das Gewicht der Argumente zugunsten der Demokratie war in den Tagen des Kalten Kriegs gewiß hoch und im darauffolgenden Jahrzehnt fast ebenso hoch. Aber vielen Amerikanern erscheinen heute diese Ansprüche gering, im Vergleich zu dem, was heute vor uns liegt. Während des Kalten Kriegs waren wir mit dem riesigen Kernwaffenpotential der Sowjets konfrontiert, aber mit der Sowjetregierung konnte man noch vernünftig verhandeln und sie letztlich auch abschrecken. Heute sind wir mit selbstmörderischen Fanatikern konfrontiert, die, da sie nichts Irdisches zu verlieren haben, im Grunde überhaupt nicht abgeschreckt werden können und die trotzdem Mittel und Wege entwickeln, um uns ebenso wirksam umzubringen, wie es sowjetische Wasserstoffbomben getan hätten. Das ist die Prognose, die eine Präventivstrategie ebenso ratsam erscheinen läßt wie auch die Notwendigkeit, die Demokratie in jene Länder einzubringen, die Terroristen ausbrüten oder ihnen Unterstützung und Zuflucht bieten. Gott helfe uns, denn das wird schwerer zu erreichen sein als die Niederwerfung des Sowjetkommunismus.

Es ist natürlich einigermaßen gefährlich, Verallgemeinerungen über die große und verschiedenartige Zahl von islamischen politischen Kulturen anzustellen, nicht zu reden von den kleineren und etwas weniger unterschiedlichen arabischen politischen Kulturen. Sie sind wahrlich nicht alle gleich, und es ist zudem auch schwierig, die

verschiedenen technologischen, historischen und, wie soll man sagen, anthropologischen Faktoren dieser Kulturen herauszufiltern. (Der Islam ist nicht bloß eine Religion, sondern auch eine ehrwürdige Hochkultur, deren historische Entsprechung in der Geschichte des Westens nicht das Christentum, sondern die Christenheit ist.) Nach dieser Feststellung muß gesagt werden, daß es in der islamischen Welt kaum mit Wahlrecht ausgestattete Demokratien gibt (die Türkei ist da noch am weitesten fortgeschritten) und daß es in der arabischen Welt überhaupt keine solchen gibt. Abgesehen vom Risiko der Verallgemeinerung, kann dies bloß ein Zufall sein?

Es ist jedoch kein Zufall. Den arabischen Gesellschaften fehlt die Disposition für die Voraussetzungen der Demokratie, als da sind: Wir erwähnten die Ansicht, daß die eigentliche Quelle der politischen Autorität in der Gesellschaft begründet sei, der Begriff der Herrschaft der Mehrheit und die Anerkennung des Grundsatzes, daß alle Bürger vor dem Gesetz gleich seien. Ohne das erstere kann der Gedanke des Pluralismus – und einer »loyalen Opposition« – nicht existieren. Ohne das zweite kann eine politische Ordnung weder frei noch liberal sein. Und ohne die dritte ist die Idee von Wahlen als Methode zur Regierungsbildung unverständlich. Diese Einstellung ist den Amerikanern zur zweiten Natur geworden und trägt dazu bei, das eigentliche Wesen Amerikas zu definieren. Diese Ideen sind so sehr in unserem Bewußtsein verankert, daß wir häufig zur Annahme neigen, daß sie auch bei anderen die zweite Natur sein müßten. Das ist aber keineswegs der Fall.

Es gibt nur zwei Möglichkeiten, sich eine brauchbare Grundlage der politischen Macht vorzustellen: entweder sie ist immanent »vom Volk, durch das Volk, für das Volk« – oder sie leitet sich von außen her (von Gott, oder einer anerkannten imperialen Quelle oberhalb der betreffenden Gesellschaft). Der erste dieser Begriffe ist in der Menschheitsgeschichte der neuere, dafür haben wir Kopernikus zu danken. Und John Donne schrieb im Jahr 1611 in seinem Gedicht »Zum Lobe der Toten und der Anatomie« etwa folgendes: »Neues Philosophieren stellt alles in Frage, das Element des Feuers ist damit erloschen, und die Sonne vergangen, und die Erde, und keines Menschen Hirn vermag ihm den rechten Weg zu weisen ... alles in Stücken zersprungen und aller Zusammenhang verschwunden, Alles ist bloß Dasein, und alles ist relativ: vergessen sind der Prinz, der Untertan, der Vater und die Söhne.«

Und bald darauf begann die Glorreiche Revolution, Thomas Hobbes und seine Nachfolger machten dem Gottesgnadentum der Könige den Garaus, und machten sich daran, die Ära der modernen, auf dem Sozialvertrag beruhenden Gesellschaftspolitik einzuleiten.

Keine Spur davon in den islamischen Kulturen, die eine immanente Quelle der politischen Autorität niemals gekannt haben. Der Islam ist eine radikale, monadische Offenbarungsreligion, und das islamische politische Leben hat sich in mehr als 1300 Jahren voll und ganz im Einklang mit diesem Grundsatz entwickelt. Eine externe Machtquelle kann nicht in Zweifel gezogen werden, und daher mache ein politischer Pluralismus als permanenter oder idealer Zustand keinen Sinn. Toleranz gegenüber anderen sozialen und politischen Grundsätzen ist praktisch eine Häresie; Toleranz gegenüber anderen privaten religiösen Glaubensvorstellungen wird als tugendhafte Duldung betrachtet, und nicht als Einsicht, daß Wahrheit umstritten sein könnte. Ein saudiarabischer Professor für islamisches Recht erklärte einem auf Besuch weilenden Journalisten die Toleranz mit folgenden Worten: »Natürlich hasse ich Sie, weil Sie ein Christ sind, aber das heißt nicht, daß ich Sie töten möchte.«⁵

Aus diesen Prämissen erfließt ein bestimmtes Konzept von politischer Führung. Das Oberhaupt ist eine Person, die das Gesetz Gottes verkündet und verbreitet. Daraus folgt, da es nur einen Gott gibt und daher nur sein Gesetz, so kann es nur eine politische Struktur geben (das Kalifat) und nur ein Oberhaupt. Rechenschaftspflicht ist nicht demokratisch im westlichen prozeduralen Sinn, sondern erfließt organisch aus dem religiösen Gemeinschaftswillen. Die Herrschaft ist dann legitim, wenn sie *a priori* mit der religiösen Wahrheit übereinstimmt. Das ist auch der Grund, berichtet Bernard Lewis, warum den ersten islamischen Juristen, die gegen Ende des 18. Jahrhunderts das britische Unterhaus bei der Arbeit sahen, die Briten leid taten, als sie erfuhren, daß der Zweck dieser großen, lärmenden Versammlung »gewöhnlicher« Leute die Verabschiedung von Gesetzen sei. Ihren Lesern schilderten sie das später folgendermaßen: »Die Engländer haben das göttliche Gesetz nicht übernommen und müssen sich wohl oder übel ihre Gesetze selber machen.«⁶

Dieses Führungsmodell ist auch im säkularen Zusammenhang unserer Tage noch gültig. Der explizite Inhalt einer *A-priori*-Wahrheit mag sich geändert haben (oder auch nicht, wie in Saudi-Arabien), aber die Form bleibt unverändert. William Brown, ein ehemaliger amerikanischer Diplomat und Arabist, faßte das so zusammen:

»Entsprechend den liberalen demokratischen Normen des Westens sind die politischen Institutionen dazu da, dem Willen einer toleranten Mehrheit zu entsprechen. Im Nahen Osten dienen die politischen Institutionen der Ausführung der ständigen Offenbarung eines volkstümlichen Konsenses ... Der Araber glaubt an eine einzige, geschlossene Gemeinschaft in Glauben und Sprache, die im krassen Gegensatz steht zu unserer Betonung konkurrierender, aber anpassungsfähiger politischer Gruppierungen. Im Westen hat die Politik den Beigeschmack eines gezähmten Konflikts, die Araber hingegen meinen, daß dies die Gemeinschaft zerstöre.«⁷

Unakzeptables Mehrheitsprinzip

Womit wir direkt zur Frage der Mehrheits Herrschaft gelangen. Wenn die Wahrheit einer Gesellschaft immanent ist und der Mensch aber fehlbar, dann muß das politische Leben auf tastende Versuche hinauslaufen, um den besten Weg zu sinnvollem Regieren zu finden. Wenn aber niemand die Autorität einer nicht anzuzweifelnden Wahrheit anzurufen in der Lage ist, dann folgt daraus, daß die Mehrheit über den zu folgenden Weg entscheiden sollte, welchen Führern zu vertrauen sei, bis dann der Zeitpunkt kommt, die Ergebnisse zu prüfen, neuerlich abzustimmen und vielleicht einen anderen Weg auszuprobieren. Wir erachten das als Weg der praktischen Vernunft, aber die meisten Araber tun das nicht, und ihre Begründung ist keineswegs unklar. Seit Jahrtausenden leben die meisten Menschen – sicherlich die meisten Bewohner des Nahen Ostens – in Dörfern mit einigen Dutzend oder vielleicht einigen hundert Bewohnern, deren Organisationsform hauptsächlich der Familienclan oder der Stamm war. Überdies lebten sie zumeist in einer unsicheren Welt, wo die von anderen Stämmen drohenden Gefahren, die Möglichkeit von Naturkatastrophen und Epidemien sehr real waren. Daher war die Vermeidung ernstlicher Konflikte innerhalb der Dorfgesellschaft von höchster Bedeutung. Während die Vielfalt der Entscheidungsprozesse in traditionellen Gesellschaften in den Schriften der Kulturanthropologen zur Genüge dokumentiert ist, so kommt es letztlich zur Herrschaft durch Konsensbildung. Die Führung war meist zentralisiert und erblich, was sie des-

halb nicht unbedingt despotisch macht. Der führende Mann pflegte offene Verhandlungen meist mit einem Ältestenrat, der die wichtigsten Gruppen des Clans repräsentierte; Probleme wurden ausdiskutiert, Kompromisse und Einigung erzielt, im Gegenzug bekräftigten alle Teilnehmer ihre persönliche Treue gegenüber dem Anführer (auf arabisch *bay'a* – ein auch heute noch gültiger Begriff). Diese Form des Herrschens wurde vom Islam übernommen und geheiligt, wonach ein Anführer seine Stellung durch den Konsens der Ältesten erhält (*ijma*) und durch die Duldung der Gemeinschaft (*umma*) an der Macht bleibt. Ein Anführer, der das in ihn gesetzte Vertrauen bricht, wird von der *umma* abgelehnt und durch einen neuen Bannerträger ersetzt, der den gesellschaftlichen Konsens wieder herstellt.

Man betrachte nun in diesem Licht den Gedanken, daß ein Bewerber, der in einer Wahl 54 Prozent der Stimmen erhält, 100 Prozent der Macht erhalten soll, während die Person, die 46 Prozent erhielt, nichts bekommt. Das erscheint Menschen, die an konsensuale Entscheidungen gewöhnt sind, nicht nur als unlogisch und unfair, sondern sogar als gefährlich, als eine offene Einladung zu Zwietracht, falls die Gesellschaft unter Druck geraten sollte. Das ist im übrigen auch der Grund, warum Hosni Mubarak oder Baschir Assad bei Wahlen 95 Prozent der Stimmen bekommen, was wir als einen sinnlosen Akt egomanischer Perversität ansehen – aber einem typischen Ägypter oder Syrer erscheint das keineswegs merkwürdig. Das erklärt auch leichter das Ergebnis eines kürzlich von der UNO veröffentlichten Entwicklungsberichts über die arabische Welt, aus dem hervorgeht, daß die arabische Region »in bezug auf Stimme und Verantwortung den niedrigsten Wert von allen Regionen der Welt hat« – UN-Terminologie für den Grad der politischen Partizipation und Demokratie.

Und zum Schluß die Gleichheit vor dem Gesetz, was wir als das allgemeine Stimmrecht zusammenfassen. Dieser Grundsatz bestimmt die Gleichheit aller Bürger im Sinne ihrer politischen Rechte. Aber so wie fast alle traditionellen Autoritätsformen stützt sich der Islam auf Ungleichheit und Hierarchie. Männer sind »gleicher« als Frauen, die Gebildeten gelten mehr als die Analphabeten, die Edlen mehr als einfache Menschen, die Frommen mehr als die Verdammten, die Ältesten mehr als die Jungen. Die Theologie beiseite lassend, sind Sitte und Gebrauch in der arabischen Welt so beschaffen, daß die meisten Menschen es als beleidigend und absurd empfinden, wenn die Stimme einer neunzehnjährigen analphabetischen Bauersfrau gleichwertig sein sollte mit der Stimme eines geachteten, siebzيجjährigen *gadi*. Der Glaube an eine natürliche Hierarchie in der Gesellschaft ist weder eine engstirnige noch eine lächerliche Ansicht, sondern nur eine vormoderne, schließlich war das vor historisch nicht allzu langer Zeit auch im Westen typisch.

Verunsicherung durch Frauenemanzipation

Das Fortschreiten der gesellschaftlichen Gleichheit der Frauen stößt in der arabischen Welt auf besondere Resonanz. Die Emanzipation der Frau ist heute die revolutionärste gesellschaftliche Veränderung in der arabischen und im weiteren Sinn auch in der islamischen Welt. Auch wenn dieser Fortschritt innerhalb und zwischen den einzelnen Gesellschaften ungleichmäßig vor sich geht, so erschreckt er doch viele Männer, denn er bedroht ihre gesellschaftliche Stellung und ihr Selbstwertgefühl in besonderem Maße – und zu diesen Ängsten kommt neuerdings auch noch ein völlig unerwarteter ökonomischer Aufstieg von Frauen. In Völkerschaften, so unterschied-

lich wie die Ägyptens und Malaysiens, liegt das Schwergewicht des Unterrichtsplans für Männer auf Religion, Literatur, Jurisprudenz und die üblichen technischen Fächer, da man die Frauen für schwachsinnig oder aus anderen Gründen für solche Berufe ungeeignet hielt, wurden sie Jahrzehntlang in die Medizin, Geschäftsführung und Computertechnologie »abgeschoben«, die von den Männern als eine Art von besserer Bürotätigkeit angesehen wurden, da man dort Tastaturen verwendete. Man rate nun, was dann geschah. Im Zug der zunehmenden Verpflichtung der Wirtschaft ist auch der relative Marktwert der weiblichen Arbeitskräfte in den meisten dieser Länder enorm gestiegen. Immer mehr Frauen treten in die Arbeitswelt ein, dadurch hat sich auch die Struktur der häuslichen Tätigkeiten verändert. Es ist schwierig, jemandem, der diese Völkerschaften nie kennengelernt hat, das Ausmaß der sozialen Spannungen klarzumachen, die diese Veränderungen dort mit sich bringen. Das letzte, das sich die meisten, bildungsmäßig unterlegenen, unsicheren islamischen arabischen Männer wünschen, ist »Demokratie«, die sie mit den schreckenerregenden Veränderungen im Status der Frau in Zusammenhang bringen. Diese Ängste haben auch dazu geführt, daß viele Männer Zuflucht im Schoß der traditionellen oder fundamentalistischen Religion suchen, und dieser Streß erklärt wohl auch die in den letzten Jahrzehnten zu beobachtende bedenkliche Zunahme von Morden aus Gründen der »Ehre«.

Nicht nur, daß in der arabischen Welt die liberalen, demokratischen Einstellungen zum Pluralismus, zur Herrschaft der Mehrzahl und zur Gleichheit vor dem Gesetz weitgehend fehlen, so stellt diese Welt den genannten Prinzipien tief verwurzelte Einstellungen entgegen, die deren Antithese sind: den Begriff der unteilbaren politischen Autorität, konsensuale Formen der Beschlußfassung und natürliche gesellschaftliche Hierarchien. Wir wissen, daß die über die Jahrhunderte hinweg erworbenen und verstärkten Einstellungen die gesellschaftlichen Verhältnisse in jeder Gruppe, zum Guten oder Schlechten, fest im Griff haben, und zwar auch noch lange Zeit, nachdem die Verhältnisse, die sie hervorgebracht haben, verschwunden sind; und so scheint es, daß man zu weit geht, wenn man erwartet, daß arabische Völkerschaften irgendwann in naher Zukunft zu liberalen Demokratien werden – und dies sicherlich nicht so bald, daß uns das bei der Lösung des Problems des apokalyptischen Terrorismus helfen würde. Und obwohl wir diesen Völkern sicherlich alles Gute wünschen, so kann man sich kaum vorstellen, daß selbst die größten Bemühungen des *National Endowment for Democracy*, des neuen *Office of Global Communications* im Weißen Haus, Charlotte Beers im Außenministerium propagierte Vermarktung von *Uncle Sam* als Markenname sowie der von der amerikanischen Regierung finanzierten Rundfunkstation *Radio Sawa*, der Nachrichten auf arabisch zusammen mit Jennifer Lopez und Musik von Lionel Ritchie verbreitet, daran viel ändern können.

Wurzeln der Antipathie gegen den Westen

Es ist kaum anzunehmen, daß diese Bemühungen die heutige Einstellung der Araber zur liberalen Demokratie ändern werden, jener Araber, die die liberale Demokratie als eine fremde westliche Ideologie erachten, und das in einer Zeit, in der sich die arabischen Gesellschaften mit der aus dem Westen kommenden Moderne herumschlagen müssen. Sie können die Tatsache nicht ungeschehen machen, daß die meisten arabischen Nationen im späten 19. und im 20. Jahrhundert vergeblich versuchten, westliche Lebensart zu übernehmen, um sich Reichtum, Macht und Respekt zu

verschaffen oder um das Erbe von gleichzeitigem Neid und Ressentiment wegen ihres Scheiterns auszulöschen (was auch erklärt, warum viele arabische Jugendliche am Morgen ihre Feindschaft gegenüber dem Westen deklarieren, und am Nachmittag den Wunsch äußern, dorthin auszuwandern). Sie können das Faktum nicht ändern, daß Gesellschaften, die die wissenschaftliche Ausbildung unterbewerten, die den Informationsfluß einschränken, die ihre Frauen gleichzeitig ausbilden und unterdrücken, die aufgeblähte Bürokratien unterhalten, die eine echte Privatisierung und den freien Handel vermeiden und ihr ökonomisches Handeln auf ihre Zugehörigkeit zu alten ethnischen oder religiösen Gruppierungen stützen, niemals imstande sein werden, mit dem Westen, mit den ostasiatischen Staaten, oder – was noch peinlicher ist – mit Israel konkurrieren zu können. Diese Bemühungen können auch nicht den Aufstieg der Politik der nationalen Identität aufhalten, der die Anziehungskraft der liberalen Demokratie in einem großen Teil der arabischen Welt verringert, oder den von ihren Zinsen lebenden Eliten, die diese Welt besitzen und beherrschen, nahelegen, sich diesem Trend zu widersetzen. Um es milde auszudrücken, die arabische Antipathie gegen den Westen und die westliche Lebensart, einschließlich der Demokratie, ist kein Problem der *public relations*.

Bedeutet das, daß arabische Demokratie ein innerer Widerspruch an sich wäre? Natürlich nicht. Auch andere Kulturen brauchen sich nicht zu verwestlichen, um demokratisch zu werden. Es wäre ein abgestandener Historismus, wollte man auf die kulturellen Besonderheit der Reformation und der Renaissance verweisen, und dann wegen des angeblichen autoritären Schicksals anderer die Hände zu ringen. Es ist nichts »falsch« an den Arabern, sei es kognitiv oder moralisch, und es ist nichts unauslöschlich »falsch« am Islam. Es gibt zweifellos auch innerhalb des Islam theologische und kulturelle Aussagen zugunsten einer Demokratie – und diese sind weder geringfügig noch versteckt – für den Fall, daß jemand von ihnen Gebrauch machen will.⁸ Und manche wollen das in der Tat: es gibt echte arabische Demokraten, und sie verdienen unsere Unterstützung. Das Problem ist, daß es zu wenige sind, denn letztlich müßte ein weitverbreitetes, bodenständiges Interesse an der Demokratie zu erkennen sein, damit Hilfe aus dem Ausland »greifen« könnte.⁹ Auf der Suche nach solchen Interessenten wird man leider überwiegend unter den arabischen Gemeinden im Exil in Europa und Nordamerika suchen müssen – oder in den ägyptischen Gefängnissen –, denn man hat es heute als Demokrat in arabischen Ländern nicht leicht.

Militärische Gewalt kontraproduktiv?

Was können wir also tun? Unsere Einstellung zur Förderung der arabischen Demokratie müßte sich am Lotteriespiel orientieren: Einsetzen ist keine Sünde, aber es wäre unklug, sich darauf zu verlassen, daß man den Haupttreffer macht. Der materialistische Ansatz, die Milderung der Armut, ist heute eine zweischneidige Sache. Die Verringerung der Armut kann dazu beitragen, den sprichwörtlichen Sumpf der Sympathisanten der Terroristen trockenzulegen, aber das könnte gleichzeitig auch die Zahl der apokalyptisch gesinnten Terroristen erhöhen, sobald die Zornigen und nach oben Strebenden Mittel und Wege erkunden, um ihre persönlichen Machtgelüste zu befriedigen.

Die gleiche Zweischneidigkeit gilt sinngemäß auch für ein militärisches Eingreifen. Ein langwieriger und gelegentlich blutiger Einsatz von Gewalt von seiten Ameri-

kas, vor allem, wenn dieser unilateral erfolgt, könnte im Lauf der Zeit noch mehr Ressentiments und terroristische Attacken hervorrufen. Daß es noch immer Menschen gibt, die die Möglichkeit eines kontraproduktiven Einsatzes der amerikanischen Militärmacht leugnen, ist zum Verzweifeln, eine solche Sturheit ignoriert Raymond Arons berühmte Warnung, der erklärte, »es gibt Formen der Eroberung, die einen Sieg sehr schnell in eine Niederlage verwandeln können«. Aber noch schlimmer ist es, wenn man zur Gewalt greift, ohne sich selber zu einem Sieg innerhalb pragmatisch definierter Grenzen zu verpflichten. Wenn die Vereinigten Staaten das Militär einsetzen, wie sie es unter den gegebenen Umständen tun müßten, dann würde das zwangsläufig zu Ressentiments und möglicherweise zu gewaltsamen Reaktionen führen; aber gerade deshalb ist es erforderlich, daß Gewalt mit aller Härte und Endgültigkeit einzusetzen ist, um die Mehrzahl jener zu töten oder außer Gefecht zu setzen, die sich verschworen haben, Amerikaner zu ermorden, und die planen, noch viel mehr zu ermorden.

In diesem Zusammenhang muß besonders betont werden, daß die Definition von »Härte« und »Endgültigkeit« nicht unsere Sache ist, sondern vielmehr die unserer Feinde. Im Westen war man von der technologischen Überlegenheit des Feldzugs in Afghanistan außerordentlich beeindruckt, aber die Mitglieder von Al-Qaida und ihre Sympathisanten, die zumeist nicht einmal fähig waren, unsere technologischen Leistungen zu begreifen, waren nicht beeindruckt. Sie begriffen bloß, daß die Führung der Al-Qaida weitgehend überlebt hat. Sie »begreifen« auch, daß das amerikanische Militär für den Kampf in Afghanistan örtliche Stellvertreter benützte, da sie selber den direkten Kampfeinsatz fürchteten. Das erklärt auch, warum das amerikanische Militär nicht die Bollwerke der Al-Qaida in Pakistan, im Jemen und anderwärts angreifen. Sie »begreifen«, daß die vielen öffentlichen Erklärungen über den Irak ohne begleitende Aktionen Amerikas Zughaftigkeit verraten. Das wird auch offenbar, wenn die Amerikaner zivile Opfer in Afghanistan leugnen und sich dann dafür entschuldigen. Und in diesem Licht sehen sie auch Amerikas Bemühungen, Indien von Angriffen gegen die *Jihadisten* in Kaschmir abzuhalten, und ihre Bereitschaft, einfach zuzusehen, wie die Verbindung zwischen Al-Qaida und Hisbollah im Beka-Tal heranreift.

Nun trifft es zu, wie viele meinen, das Kennzeichen einer erfolgreichen Großmachtspolitik wäre die Schaffung von maximaler Sicherheit für die eigenen Verbündeten, um auf diese Weise Freunde zu gewinnen, gegnerische Koalitionen zu verhindern, und, unter den gegebenen Verhältnissen, die Zusammenarbeit der Nachrichtendienste und Polizeiorganisationen im Krieg gegen den Terrorismus zu maximieren. Weniger häufig wird angemerkt, daß ein weiteres derartiges Kennzeichen, vor allem in Kriegszeiten, darin besteht, den Gegner in Angst und Schrecken zu versetzen. Die Regierung Bush wurde vielfach wegen ihrer Mängel in bezug auf den ersten Punkt kritisiert – vielleicht sogar zu sehr. Allerdings ist sie in bezug auf Punkt zwei nicht genug kritisiert worden. Ein noch härterer und zeitlich begrenzter Einsatz von Gewalt gegen eine eng begrenzte Zahl von Zielen wäre im vergangenen Jahr nützlicher gewesen, als das bisher unschlüssige Herangehen an einen vielfältigen, aber nicht genau definierten »Feind« – ein eher abstrakter Substantiv –, daß man statt dessen betrieben hat. Während die Regierung bemüht ist, den arabischen Staaten die Demokratie nahezubringen, bleibt ihr genug Zeit, um geeignete Anpassungsmaßnahmen vorzunehmen.

Anmerkungen

- ¹ Dieses Argument wurde genau beschrieben von Lawrence F. Kaplan in »Return Address«, *The New Republic*, 10. Juni 2002 (trotz des angegebenen Datums hat Kaplan das noch vor der Rede des Präsidenten vom 1. Juni verfaßt).
- ² Siehe Hoaglands Leitartikel in der *Washington Post* vom 26. Juni, 30. Juni und 1. August 2002; Kelly, »An End to Pretending«, *Washington Post*, 26. Juni 2002, und Kristol, »President's Speech on the Middle East, Project for the New American Century Memorandum«, 25. Juni 2002.
- ³ Schmitt, »A Case of Continuity«, S. 11 oben. Manche Beobachter erklären, sie seien immer noch unsicher in bezug auf den Unterschied zwischen Realisten und Neokonservativen. Ein Grund ist wohl, daß beide Typen selten in Reinkultur auftreten, denn beide Seiten bringen wichtige und überzeugende Argumente vor, denen die andere beipflichtet. Daher dürfte folgende Definition von Nutzen sein: Neokonservative sind Realisten, für die alle utopischen Ideologien anathema sind, außer ihrer eigenen.
- ⁴ Edward Mansfield und Jack Snyder, »Democratization and the Danger of War«, *International Security*, Sommer 1995, S. 5.
- ⁵ *New York Times*, 12. Juni 2002.
- ⁶ Bernard Lewis, »Islam and Liberal Democracy: A Historical Overview«, *Journal of Democracy*, April 1996, S. 57.
- ⁷ William R. Brown, *The Last Crusade* (Chicago, 1980), S. 8, 10. Ebenfalls kenntnisreich und oft vernichtend – zu diesen und anderen Punkten siehe Fatema Mernissi, *Islam and Democracy: Fear of the Modern World* (Cambridge, 2002).
- ⁸ Siehe Lewis, »Islam and Liberal Democracy«, S. 53–56.
- ⁹ Owen Harris, »Exporting Democracy and Getting it Wrong«, *The National Interest*, Herbst 1988.

© *The National Interest*, Washington DC, Herbst 2002



Wenn Sie alles gleich so bekommen, wie Sie es wollen.

EGAL, OB SIE ROSINEN MÖGEN ODER NICHT. Unsere Kundenbetreuer nehmen sich genügend Zeit, um auf all Ihre Bedürfnisse einzugehen. Denn nur wer zuhört und versteht, kann auch richtig handeln.

ERSTE
BANK
In jeder Beziehung zählen die Menschen.